

# 75 Jahre DDR: Ostalgie? Lächerlich! Aber die innere Einheit wurde vergeigt

Verzerrte Darstellungen nach der Wende verhindern bislang die faire Bewertung. Eine Klärung des Verhältnisses zum Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden.

[Maritta Adam-Tkalec](#)

Berliner Zeitung 07.10.2024



*Berlin-Mitte im Morgennebel. Die neu gestaltete Hauptstadt mit Fernsehturm, Centrum-Warenhaus, Ahornblatt, Interhotel und Palast der Republik gefiel den meisten DDR-Bürgern.*

5 Jahre angestrenzter [DDR](#)-Bewältigung liegen hinter uns. 40 Jahre hatte der Pilotversuch „Sozialismus auf deutschem Boden“ gewährt – von der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 bis zur Grenzöffnung am 9. November 1989. Ohne die von den DDR-Bürgern ins Werk gesetzte historische Wende wäre ihr Staat heute 75 Jahre alt. Die Abwicklung des kleinen Gebildes am Westende des Ostens begann, unverzüglich, nach dem klaren Wählervotum für die Einheit am 18. März 1990. Nur wenige hatten sich damals vorstellen können, wie radikal die Brüder und ein paar Schwestern aus dem Westen das zuvor gelebte Leben im Osten austreiben würden.

Auch die Hauptakteure von damals, die Kohls, Waigels, Kinkels und Schäubles, waren Getriebene: Sie hatten den Sieg des marktwirtschaftlich-demokratischen Westmodells unumkehrbar zu machen. Aus ihrer Sicht musste alles ganz schnell gehen, war in möglichst kurzer Zeit möglichst viel von dem zu zerschlagen, was eine positive DDR-Erinnerung hätte werden können – [Betriebe](#), Schulen, Kindergärten, soziale Balance, [Frauenrechte](#), Gemeinschaftsgefühl und vieles mehr. Alles, alles,

was nach DDR aussah, musste weg, selbst Vernünftiges, Modernes, Menschliches. Alles sollte „auf Westniveau“ gebracht werden, auch dann, wenn das unter dem Ost-Level lag.

In der Wirtschaft bedeutete das, 9000 volkseigene Betriebe mit insgesamt 4,1 Millionen Arbeitsplätzen in kürzester Zeit „marktfähig“ zu machen. Die Treuhand organisierte die Umwälzung der Besitzverhältnisse – wie man heute weiß – chaotisch, dilettantisch, gelegentlich betrügerisch, vorrangig an den Interessen der westdeutschen Konkurrenz orientiert. Privatisieren hieß im Normalfall Verkauf gegen symbolische Beträge, oft an inkompetente Leute. Nicht selten folgte dem Ausweiden der Betriebssubstanz die Abwicklung.

Die älteren unter den Einheitsgestaltern hatten sich zudem vorgenommen, gegen die DDR-Elite nicht so viel Nachsicht walten zu lassen wie einst gegen die in das BRD-Getriebe übernommenen Nazis. Die hatten ihre Karrieren nach kurzem Schreck in Justiz, Verwaltung, Universitäten und so fort nahezu bruchlos fortsetzen können.

Nach 1990 ergab sich die Chance, das Versäumte zulasten der Ost-Kader auszugleichen, und das mit einem speziellen Nebeneffekt: Damit rückten die SED-Funktionäre wie von selbst in die Nähe der Altnazis. Wie so vieles wurde das Ausmaß dieser Unverschämtheit anfangs noch nicht erfasst, weil der Wendestrudel die DDR-Staatler in einen kollektiven Schwindelzustand versetzt hatte.

## **Überwältigung und Überforderung**

Spricht man heute mit Zeitgenossen über die 1990er-Jahre, erinnern sie sich an Gefühle der Überwältigung und Überforderung. Man hatte damit zu kämpfen, das eigene Leben auf neue Gleise zu setzen, die Familie über Wasser zu halten, den Arbeitsplatz zu sichern. Steuersystem, Krankenversicherung, Mietverhältnisse, Eigentumsansprüche – alles änderte sich. Nicht wenigen geriet das zur Aufbruchschance. Vielen aber nicht.

Im Osten überstieg die Arbeitslosigkeit die 20-Prozent-Marke, in manchen Gegenden wie zum Beispiel Bautzen erreichte sie 25 Prozent, in einzelnen Orten sogar bis zu 40 Prozent. Familien saßen um Küchentische und überlegten verzweifelt, was aus den jungen Leuten werden sollte. Nach den Treuhandmassakern waren ja nicht nur Millionen Jobs futsch, sondern auch die Ausbildungsmöglichkeiten in den Betrieben.

Schaut man in die Statistiken, drängt sich der Eindruck auf, die Kurven damaliger Arbeitslosigkeit und heutiger AfD-Zustimmung hätten miteinander zu tun. Fatalerweise verlief der Niedergang parallel zur formalen Einführung der Demokratie westdeutscher Prägung. Der Vertrauensverlust von damals äußert sich heute in der Wahl der AfD als vermeintlich wirksamste Gegenwehr.

Seinerzeit fanden nicht genügend Menschen im Osten die Kraft, sich gegen offenkundige Übergriffe zu wehren. Ehe man sich versah, lag das eigene Gemeinwesen in fremden Händen. Westparteien, Westverwalter und Ostaufarbeiter aus der kleinen, zerstrittenen, rechthaberischen, pastorendominierten Bürgerrechtlerszene bekamen die Macht verliehen – und die Deutungshoheit über das Gewesene.

All das funktionierte auch ziemlich reibungslos, weil zunächst vieles gewollt war und großartig aussah: Autos, Reisen, Konsummöglichkeiten. Die Freiheiten wollten genossen sein. Oder wenigstens probiert – vom überzuckerten Fruchtzweig bis zum Ballermann. Wer dachte da schon voraus und überblickte alle Konsequenzen, ahnte, wie dauerhaft die Übernahme auch noch der letzten Entscheiderposition durch Westimporte sein und wie restlos die Wegnahme der Bestimmungsmacht über die eigenen, zum Beispiel die kommunalen Angelegenheiten ausfallen würde.

Apropos: Wann ging das eigentlich los mit dem „Ossi“? Kurzer Blick ins Archiv: Zum ersten Mal taucht das Wort als Bezeichnung für DDR-Bürger am 27. November 1989 im Spiegel auf, keine drei Wochen nach der Grenzöffnung. In einem Bericht über Ost-Besucher im Westen hieß es: „An einigen Berliner Grenzübergängen standen vergangene Woche erste Pappschilder mit der Aufschrift ‚Ossi go home‘; beim Hamburger Senat mehrten sich Protestbriefe kritischer Bürger. ‚Was die DDRler absahnen, geht auf keine Kuhhaut mehr‘, schrieb eine 52-jährige Hansestädterin an ihren Bürgermeister.“



*Auferstanden aus Ruinen: Aufbausonntag der FDJ 1957 auf der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) am Strausberger Platz in Ost-Berlin*

In der Berliner Zeitung findet sich auf der Suche nach dem „Ossi“ der erste Treffer am 4. April 1990 – satirisch gespiegelt in einer Glosse zum Thema „Westfirmen auf Dummenfang“ über erste in Ost-Berliner Briefkästen auftauchende Werbung. Damit begann eine Serie von Überschriften wie „Der kleine Ossi und der Wahlkampf“, „Wie der kleine Ossi lernen muss, mit großen Buchstaben zu rechnen“ oder „Der kleine Ossi und die Reeperbahn“. Heute gelesen, dokumentieren die Glossen den Versuch, den Kopf oben zu behalten, und zugleich die Kapitulation vor der Übermacht. Bald tauchte übrigens der Begriff „Quoten-Ossi“ auf – für Leute, denen Mitsprache in Erwachsenenangelegenheiten erlaubt sein sollte.

### **Vom kleinen Ossi zum Ostbekenntnis**

Es hat eine Weile gedauert, bis der (und die) kleine Ossi die einerseits herabsetzend und andererseits verniedlichende Fremdbezeichnung selbstbewusst zum Ossi-Bekenntnis wendete. Das tun heute viele, die sich selbstständig mit zentralen Vorgängen der Nachwendezeit befassen, statt von der Aufarbeitungsindustrie gelenkte Urteile zu akzeptieren.

In meinem Fall haben etwa zwei Jahre des Lesens und Schreibens über Dutzende Fälle von praktizierter DDR-Abwicklung durch verschiedene Phasen geführt: erst ungläubiges Staunen, dann handfestes Entsetzen bis hin zu finaler Empörung. Dieser Zustand war etwa zu jener Zeit erreicht, als Dirk Oschmann und Katja Hoyer ihre Bücher veröffentlichten.

Ob Kranbau Eberswalde, Elektromotorenwerk Wernigerode, Robotron, Berlin Kosmetik, Reichsbahn, DDR-Außenhandel oder diplomatisches Corps – aus jedem Beispiel sprach westliche Ignoranz und Hybris, Selbstüberschätzung und Ossi-Verachtung. Eine Spitzenkraft der Aufarbeitungsszene, Ilko-Sascha Kowalczyk, verdichtete die Ossi-Entsorgung auf dem Plappermedium Twitter so: „Die Ausgrenzung Ostdeutscher aus Führungspositionen“ sei „der Sinn von Revolutionen: Elitenaustausch!“

Verächtlich verworfen wurde zum Beispiel die grandiose Bildungsanstrengung der DDR, die zu Hunderttausenden schlaue Kinder kleiner Leute zu promovierten Ingenieuren für Elektronik oder Quantenphysik, zu Chemikerinnen und Technologieexpertinnen machte.

Was für ein Land ist dieses, unser Deutschland, das glaubt, sich den Verzicht auf das Wissen und Können von Millionen erlauben zu können? Angesichts der gegenwärtigen schulischen Verwahrlosung verschärft sich der Kontrast noch. Der jüngste Bildungsmonitor nannte die Entwicklung „erschreckend“, in den vergangenen zehn Jahren habe sich das Bildungsniveau „dramatisch verschlechtert“. Die Folgen sind deutlich sichtbar: Niedergang an Kompetenz und Leistungsfähigkeit allenthalben.

Rückblickend ordnen sich die Einzelstränge des Prozesses „innere Einheit“ zu einer Linie: Das Aufdecken des Stasi-Überwachungssystems war den meisten Ossis anfangs noch plausibel und notwendig erschienen. Doch das Verfahren erfasste bald alle, denen man irgendwie den Stempel „staatsnah“ aufdrücken konnte. Und dann waren schließlich auch die Bereiche fällig, in denen die DDR klar vor der BRD rangiert hatte, wie die moderne Bildungsstruktur oder die Stellung der Frau.

Gerade das Zurückdrehen des Fortschrittlichen, des Erhaltenswerten diente dem Ziel, der DDR nachträglich in all ihren Teilen die Daseinsberechtigung zu entziehen. Der FDP-Mann Klaus Kinkel, 1991/92 Bundesminister für Justiz, vormals Chef des BND, richtete an die westdeutschen Richter den Auftrag, das „SED-System zu delegitimieren“.

Was für ein Land ist dieses, unser Deutschland, das glaubt, sich den Verzicht auf das Wissen und Können von Millionen erlauben zu können? Angesichts der gegenwärtigen schulischen Verwahrlosung verschärft sich der Kontrast noch. Der jüngste Bildungsmonitor nannte die Entwicklung „erschreckend“, in den vergangenen zehn Jahren habe sich das Bildungsniveau „dramatisch verschlechtert“. Die Folgen sind deutlich sichtbar: Niedergang an Kompetenz und Leistungsfähigkeit allenthalben.

Rückblickend ordnen sich die Einzelstränge des Prozesses „innere Einheit“ zu einer Linie: Das Aufdecken des Stasi-Überwachungssystems war den meisten Ossis anfangs noch plausibel und notwendig erschienen. Doch das Verfahren erfasste bald alle, denen man irgendwie den Stempel „staatsnah“ aufdrücken konnte. Und dann waren schließlich auch die Bereiche fällig, in denen die DDR klar vor der BRD rangiert hatte, wie die moderne Bildungsstruktur oder die Stellung der Frau.

Gerade das Zurückdrehen des Fortschrittlichen, des Erhaltenswerten diente dem Ziel, der DDR nachträglich in all ihren Teilen die Daseinsberechtigung zu entziehen. Der FDP-Mann Klaus

Kinkel, 1991/92 Bundesminister für Justiz, vormals Chef des BND, richtete an die westdeutschen Richter den Auftrag, das „SED-System zu delegitimieren“.

## Überall Stasi? Was die Zahlen sagen

Von den Stasi-Beschuldigungen, die über Jahre den Eindruck erweckten, die halbe DDR hätte aus verbrecherischen Spitzeln bestanden, blieben 251 Anklagen gegen hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS übrig, von denen der Rechtsstaat am Ende 87 verurteilte. Wer sich an die teilweise hysterischen, undifferenzierten General-Diffamierungen der 1990er-Jahre erinnert, weiß, dass auch die Medien damals jede Zurückhaltung fallen ließen. Manche betreiben das heute noch. Geriet jemand unter Stasi-Verdacht, war er in der Regel erledigt. Rufmord als gängige Methode.

Erste Zeichen von Gegenwehr entdeckte ich 1995 bei einer Recherchereise nach – jawohl! – Sachsen. Die Leute in Kleinstädten wie Schlema oder Schneeberg sprachen von der kolonialen Übernahme ihrer Gemeinden. Später klagten Eltern: Das in den Schulbüchern ihrer Kinder beschriebene Land namens DDR sei ihnen unbekannt. Doch in den vollständig westlich geprägten Medien wollte man die veränderte Stimmung nicht wahrhaben.

Es war ausgerechnet die AfD, die das neue Selbstbewusstsein für eigene Zwecke kanalisierte. Man erinnere sich an Slogans vor den Landtagswahlen 2019 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg: „Vollende die Wende“ oder „Wende 2.0“. In den Trümmern missglückter Wiedervereinigung fand die einstige Professoren-Partei West ihre stärkste Basis.



*Pressecafé und Haus des Berliner Verlages: Zeugen der Modernität der DDR-70er-Jahre*

Haben Sie aus dieser Bilanz bisher den Eindruck gewonnen, die DDR solle hier in allzu mildes Licht getaucht werden? Das Gegenteil ist der Fall. Ostalgie? Lächerlich. 1989 rebellierte die große Mehrheit der Ossi aus vielen, realen, ernstesten Gründen gegen die Zustände, gegen Stasi, Staat und

Partei. Der Kontrollwahn hatte absurde Ausmaße erreicht. Die Leute wollten raus. Die Umweltverschmutzung hatte Giftgrenzwerte aller Art in teilweise lebensgefährlichem Ausmaß überschritten. Die massiven Schwächen der DDR zu benennen, bedeutet gleichwohl nicht, die später verbreiteten Lügen unwidersprochen hinzunehmen oder begeistert davon zu sein, dass die Gestaltung der inneren Einheit auf schiefer Bahn verlief.

Die DDR war ein Produkt des Kalten Krieges, niemals frei in ihren Entscheidungen. Hätte es „die Partei“ besser machen können? In Details ganz sicher. Ihr Ende kam unvermeidlich, als die Sowjetunion ihre eigenen Schwächen nicht länger kompensieren konnte und der Westen seine historische Chance brachial nutzte. Dass Deutschland nach allem, was es seinen europäischen Nachbarn vor 1945 angetan hat, und nach der Zeit der Nachkriegsteilung wieder vereint ist – ist ein Glück. Aber das Triumphgeheul der Sieger hat vieles verdorben.